

## Rede von Joop den Uyl (Brüssel, 24. Juni 1978)

**Quelle:** Confederation of Socialist Parties of the European Community. Politische Erklärung - Konferenz 23-24.6.1978 Palais d'Egmont, Brüssel. Brüssel: Bund der Sozialdemokratischen Parteien der EG, 1978. 24 S.

**Urheberrecht:** Alle Rechte bezüglich des Vervielfältigens, Veröffentlichens, Weiterverarbeitens, Verteilens oder Versendens an Dritte über Internet, ein internes Netzwerk oder auf anderem Wege sind urheberrechtlich geschützt und gelten weltweit.

Alle Rechte der im Internet verbreiteten Dokumente liegen bei den jeweiligen Autoren oder Anspruchsberechtigten.

Die Anträge auf Genehmigung sind an die Autoren oder betreffenden Anspruchsberechtigten zu richten. Wir weisen Sie diesbezüglich ebenfalls auf die juristische Ankündigung und die Benutzungsbedingungen auf der Website hin.

**URL:** [http://www.cvce.eu/obj/rede\\_von\\_joop\\_den\\_uyl\\_brussel\\_24\\_juni\\_1978-de-52decd09-e287-4899-ada6-a7e9e08a0a63.html](http://www.cvce.eu/obj/rede_von_joop_den_uyl_brussel_24_juni_1978-de-52decd09-e287-4899-ada6-a7e9e08a0a63.html)

**Publication date:** 20/10/2012

## Europa und Vollbeschäftigung von Joop den Uyl, Fraktionsvorsitzender der Partij van de Arbeid (Brüssel, 24. Juni 1978)

Die Vollbeschäftigung stellt meiner Auffassung nach die größte politische Herausforderung für die sozialdemokratischen Parteien der Gemeinschaft dar. Mehr noch, wenn es tatsächlich zu einem Wahlkampf auf europäischer Ebene für das direkt zu wählende Europäische Parlament kommen wird, so bin ich davon überzeugt, daß die Wähler sich in erster Linie von der Frage werden leiten lassen, welche Parteien wirkliche Garantien zur Wiedererlangung der Vollbeschäftigung geben. Dieses Problem ist vordringlich und von beträchtlicher Bedeutung. Seit zwei Jahren liegt die Arbeitslosigkeit in der Gemeinschaft bei 5-6 %, und es gibt noch keine Anzeichen dafür, daß es uns gelingen wird, die Arbeitslosigkeit abzubauen. Die Zunahme des Angebots an Arbeitsplätzen in der Gemeinschaft beträgt 1-1,5 Mio/Jahr für die nächsten Jahre. Außerdem gibt es weitgehend latente Arbeitslosigkeit. Es ist ein großes potentielles Angebot von weiblichen Arbeitskräften auf dem Arbeitsmarkt vorhanden. Eine Antwort auf das Problem der Vollbeschäftigung bedeutet die Verwirklichung einer Politik in den Ländern der Gemeinschaft und durch die Gemeinschaft, mit deren Hilfe in den nächsten Jahren etwa 15 Mio neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Ich glaube, in 10 Punkten einen eigenen Ansatz der sozialdemokratischen Parteien zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zur Verwirklichung der Vollbeschäftigung skizzieren zu können. Ich halte dies für lohnender als den Versuch, in einer Viertelstunde eine Politik der Vollbeschäftigung zu entwickeln. Was unterscheidet uns, die sozialdemokratischen Parteien, von der Haltung der christdemokratischen, liberalen und konservativen Parteigruppierungen ?

**Erstens:** Wir halten an den Zielen Vollbeschäftigung und vollwertige Beschäftigung fest. Nun könnte man einwenden, daß dies die anderen auch tun. Das möchte ich jedoch bezweifeln. Es gibt innerhalb und außerhalb Europas eine ganz deutliche Denk- und Handlungsweise, die ich als die von Technokraten charakterisieren möchte, die tatsächlich auf eine Gesellschaft zusteuern, in der eine beschränkte Zahl hochqualifizierter Arbeitskräfte die anfallende Arbeit leisten und der Anteil der Berufstätigen an der Gesamtbevölkerung ständig zurückgeht, wobei man allerdings bereit ist, den Lebensunterhalt für die anderen sicherzustellen.

Dieser Entwicklung müssen wir uns entgegenstellen. Unserer Überzeugung nach haben Frauen und Männer gleiches Recht auf Arbeit. Wenn dieser Grundsatz aber tatsächlich gilt, dann muß jeder auch die Möglichkeit haben, sich in einer Erwerbstätigkeit zu entfalten, und deshalb wenden wir uns gegen die Tendenz, die man sowohl bei den Technokraten als auch bei den Grünen Parteien antrifft, eine Gesellschaft anzustreben, in der nur ein Teil der Menschen erwerbstätig ist. Folgerichtig müssen dann natürlich viele neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

**Zweitens :** Die Aufgabe ist so riesig, da als klassisches Heilmittel gegen Arbeitslosigkeit die Beschleunigung des Wirtschaftswachstums gilt. Die Erklärung, zu der wir uns soeben bekannt haben, besagt jedoch, daß nach unserer Auffassung nur ein beschränktes, selektives und kontrolliertes Wachstum möglich ist. Ich befürworte keineswegs das Null-Wachstum, glaube aber, daß wir mit einer Halbierung des Wirtschaftswachstums, wie es unsere Länder in den 50er und 60er Jahren gekannt haben, rechnen müssen, und dies nicht als Zufallentwicklung, sondern als Tendenzwende. Wenn wir an der Verbesserung der Umwelt festhalten wollen, wenn wir an der Verbesserung der Arbeitsqualität festhalten wollen und wenn wir der Lage der Entwicklungsländer gerecht werden wollen, denen mit 80 % der Weltbevölkerung nur 20 % der natürlichen Ressourcen zur Verfügung stehen, dann müssen wir diesen Grundsatz anerkennen und uns dafür einsetzen. Allerdings ist ganz klar, daß die Verwirklichung der Vollbeschäftigung bei einem um so viel geringeren Wachstum ein anderes Instrumentarium und andere politische Wege erfordert, als sie bisher beschritten wurden.

**Drittens :** Wir müssen unsere Beschäftigungspolitik auf die Belange der Dritten Welt abstimmen. Das bedeutet, daß wir auch bei beschränktem Wachstum einen stärkeren Transfer realer Kaufkraft in die Entwicklungsländer anstreben müssen. Das bedeutet ferner, daß wir unsere Gemeinschaftspolitik in die Bemühungen zur Verwirklichung einer gerechteren Weltwirtschaftsordnung integrieren müssen. Dies hat beträchtliche Konsequenzen. Es bedeutet nämlich, daß wir eine Beschäftigungspolitik führen und doch

gleichzeitig auch unsere Märkte stärker für Produkte aus Drittländern, aus Entwicklungsländern, öffnen müssen als bisher. Wenn es uns überdies gelingt, den Entwicklungsländern mehr Kaufkraft zu übertragen, dann können nachteilige Auswirkungen auf die Beschäftigung dadurch kompensiert werden. Wir müssen uns jedoch in unserer Politik dadurch profilieren, daß wir systematisch als Gemeinschaft eine konsequente Beschäftigungspolitik führen. Auch bei der Option für die Erweiterung unserer Wirtschaftstätigkeit müssen die Belange der Entwicklungsländer für uns maßstabgebend sein.

**Viertens :** Wir glauben nicht, daß der Rückgang der Inflation, die Verbesserung der Gewinne und die Erhöhung der Kapitalerträge allein schon zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung führen werden. Dies zeigen schon die Erfahrungen der letzten Jahre; außerdem haben wir es hier mit derartigen strukturellen Änderungen und Verlagerungen zu tun, daß es sinnlos ist zu glauben, daß der Marktmechanismus wieder zur Vollbeschäftigung führen würde. Deshalb muß eine bewußte Nachfragepolitik zur Steuerung und Lenkung und ggf. Erhöhung der Nachfrage geführt werden. Dazu ist eine politische Option notwendig, nämlich die Entscheidung, ob wir einer Erweiterung der Nachfrage nach mehr Kraftfahrzeugen oder mehr Waschmaschinen den Vorrang geben oder ob wir diese verstärkte Nachfrage auf die Bedürfnisse hinlenken, die in unserer Gesellschaft ganz eindeutig nicht gedeckt sind, und dabei denke ich etwa an das Wohnungsbaufizit oder die Notwendigkeit der Stadtsanierung u.ä.

Wir wollen diese neu zu schaffende Nachfrage dorthin lenken, wo sie im Interesse der Erhaltung der Umwelt und der Vollwertarbeit ist. Ein Beispiel : Investitionen zur Energieeinsparung können hundertausende neue Arbeitsplätze schaffen. Sie werden aber nur dann verwirklicht, wenn die öffentliche Hand, die Regierungen und die Europäische Gemeinschaft bereit sind, diese Investitionen zur Energieeinsparung zu dirigieren, da sie nun einmal Unkosten bringen, die erst nach Jahren nur allmählich durch die Energieeinsparungen wieder herausgeholt werden können. Die Forderung lautet daher nicht : Vertrauen in den Marktmechanismus, sondern bewußte Regierungspolitik zur Steuerung und Lenkung der Nachfrage. Dies führt uns unmittelbar zu.

**Fünftens :** Zu einer selektiven Investitionspolitik. Das bedeutet nicht die Übernahme von Investitionsbeschlüssen von Unternehmen durch die Europäische Gemeinschaft oder die Regierungen der Mitgliedstaaten, sondern eine bewußte Lenkung und Beeinflussung dieser Investitionsbeschlüsse, wenn es darum geht zu entscheiden, was und wo zur Schaffung neuer Arbeitsplätze investiert werden soll. Dabei müssen Kriterien wie Energieeinsparung, Ausrichtung auf die Belange der Entwicklung in benachteiligten Ländern und Vermeidung neuer Industriekonzentrationen in bereits überlasteten Regionen eine ausschlaggebende Rolle spielen. Es bedeutet auch eine Industriepolitik der Gemeinschaft, die bisher nur mühsam angelaufen ist und die vielleicht jetzt, etwa in der Kapazitätslenkung der Stahlindustrie, feste Gestalt annimmt. Ohne vorsätzlich und bewußt gelenkte Industriepolitik auch in der Gemeinschaft werden wir keine Vollbeschäftigung mehr erreichen.

**Sechstens :** Da wir es mit einem beschränkten Wachstum, auch mit einer beschränkten Ausweitung der Nachfrage zu tun haben, und da gleichzeitig die Arbeitsproduktivität auch künftig weiter zunehmen muß, da technologische Neuerungen eine Forderung bleiben und da technologische Neuerungen etwas Positives sind, da dadurch viele unangenehme, beschwerliche, harte, schmutzige Arbeiten ersetzt werden können, deshalb ist eine bessere Umverteilung der verfügbaren Arbeit strukturell und längerfristig gesehen notwendig. Überall geht es um bessere Arbeitsverteilung. Bei dieser Arbeitsverteilung geht es um die Beschränkung von Überstunden und Schichtarbeit und um die Umsetzung von Produktivitätssteigerungen in Arbeitszeitverkürzungen. In Aussicht stehen die 35-Stundenwoche und der 7-Studentag. Wir müssen aber die Zunahme der Arbeitsproduktivität eher in eine Verkürzung der Arbeitszeit als in eine Erhöhung der Realeinkommen umsetzen, jedenfalls dort, wo diese Einkommen über dem Durchschnitt liegen. Das bedeutet Arbeitsverteilung, konsequenten Einsatz für mehr Teilzeitarbeit. Nur so können mehr als die 9 Millionen Frauen in der Gemeinschaft, die jetzt Teilzeitarbeit leisten, in den Arbeitsprozeß eingegliedert werden. Derzeit liegt der Prozentsatz der Teilzeitarbeit von weiblichen Arbeitskräften in Italien bei 10 % der gesamten weiblichen Erwerbstätigen, im Vereinigten Königreich bei 41 %. Wenn wir in der gesamten Gemeinschaft die Teilzeitarbeit weiblicher Arbeitnehmer etwa auf 30 bis 40 % steigern könnten, könnten viele Millionen Frauen in den Arbeitsprozeß eingegliedert werden, die dank der Technologie und der technologischen Neuerungen in den Haushalten oft zur Verzweiflung verurteilt sind, und wir müssen uns zu

Vorkämpfern dieser Entwicklung machen. Das bedeutet Teilzeitarbeit; das sich-teilen-in-die-Arbeit bedeutet natürlich auch, daß wir akzeptieren, daß das Ausbildungsangebot für Mädchen und Jungen generell erhöht wird, es bedeutet auch eine Berufsausbildung für die 16 bis 18-jährigen auf breiter Ebene. Dies führt uns zu.

**Siebtens :** Wir müssen uns darüber klar werden, daß die von der Arbeitslosigkeit am härtesten betroffenen sozialen Gruppen in der Gemeinschaft Frauen und Jugendliche sind. Den Jugendlichen muß durch eine systematische Anhebung des Ausbildungsniveaus geholfen werden. Überall dort, wo die Ausbildung zu kurz kommt, ist ganz offensichtlich die Arbeitslosigkeit unter Jugendlichen am höchsten, und nicht nur das, sie werden am stärksten sensibilisiert, am stärksten zur Verzweiflung getrieben, und ich kann Sie nur warnen, daß der Fortbestand einer so umfangreichen Arbeitslosigkeit unter Jugendlichen wie jetzt zu drastischen Aktionen führen kann. Wir müssen die Arbeitslosigkeit bei Jugendlichen durch systematische Verbesserung der Ausbildung und Einbeziehung der 16 bis 18-jährigen in Schule und Ausbildung bekämpfen und dann durch zielgerichtete Lohnkostensubventionen mehr Arbeitsplätze für Jugendliche schaffen.

**Achtens :** Eine derartige Politik kann mit Millionen zusätzlicher Arbeitsplätze zu einer wesentlichen Verbesserung der Beschäftigungslage in Europa führen, ohne daß den Interessen der Dritten Welt dadurch geschadet wird. Es wäre eine Schande, wenn wir sie nicht verwirklichten. Die Vorbedingung dafür ist allerdings unsere Bereitschaft, die Konsequenzen daraus zu ziehen, indem wir die Arbeitskosten senken und eine Einkommenspolitik akzeptieren. Ich bin nicht für eine statutsmäßige Einkommenspolitik, ich bin für Verhandlungsfreiheit von Gewerkschaften und Arbeitgebern, aber wir müssen unseren eigenen Leuten klar machen, daß wir uns zwischen Beschäftigung und höheren Einkommen entscheiden müssen. Und wir müssen dafür sorgen, daß die Leute mit höheren, mit überdurchschnittlichen Einkommen sich in weitem Umfang über die Realitäten klar werden müssen, darüber, daß ihre Realeinkommen eher zurückgehen werden, als daß es Aussichten auf Einkommenserhöhungen gibt. Dies ist eine wesentliche Vorbedingung zur Verwirklichung der Vollbeschäftigung. Ich neige zu der Überzeugung und habe die Erfahrung gemacht, daß, wenn wir bereit sind, die Einkommenspolitik im Sinne eines klaren Abbaus der Einkommensunterschiede zu verwirklichen, dann auch diejenigen, die nicht überdurchschnittlich verdienen, zur Mitarbeit bereit sind, da unter den sozialistischen Massen Europas Arbeitsplätze schwerer wiegen als Einkommen, und dies ist schließlich eine der großen Errungenschaften unseres sozialistischen Kampfes.

**Neuntens :** Wir werden die Gewerkschaften, die Arbeitnehmer in Europa nur dann zur Mitarbeit an einer derartigen Politik bewegen können, wenn sie auch bei den Investitionsentscheidungen, auf Unternehmensebene, auf der Ebene der Betriebszweige und dort, wo die nationale Politik geführt wird, verstärkte Mitbestimmung zugesichert erhalten. Wir werden sie nur dann für diese Politik motivieren können, wenn eine eindeutige Politik der Einkommensneuverteilung mit dem Ziel des Abbaus der Einkommensunterschiede geführt wird und wenn wir auch die derzeitige, äußerst ungleiche Vermögensverteilung nicht unangetastet lassen. Wir müssen in unseren Ländern bestehende Pläne und Vorschläge zur gemeinsamen Übertragung eines gewissen Führungsanspruchs und des teilweisen Besitzrechts am Industrie- und Produktionsvermögen verfeinern und weiter ausarbeiten, denn sonst können wir uns nicht der Mitarbeit der Arbeitnehmer versichern, und aus der Beschäftigungspolitik wird nichts.

Schließlich **zehntens :** Arbeitsplatzbeschaffung ist möglich. Es wäre, ich wiederhole es, beschämend, wenn wir mit all unserem Wissen und all unseren technischen Errungenschaften nicht die schon seit Jahren dauernde Arbeitslosigkeit von 5 bis 6 % in Vollbeschäftigung, und zwar auch für weibliche und jugendliche Arbeitnehmer, umsetzen könnten. Dieses Ziel ist jedoch nur zu erreichen, wenn wir wirkliche politische Entscheidungen treffen. Ich habe versucht, in aller Kürze die notwendigen politischen Optionen zu skizzieren, und ich bin der Ansicht, daß wir als sozialdemokratische Parteien der Europäischen Gemeinschaft den Wählern nur offen in die Augen sehen und ihnen sagen können : „Wählt nicht die Liberalen mit ihrem unbegründeten Vertrauen in den Marktmechanismus“, „wählt nicht die Konservativen, die den traditionellen Interessen des Kapitals in die Hand arbeiten“, „wählt nicht die Christdemokraten, die den notwendigen politischen Optionen völlig aus dem Wege gehen“, sondern „wählt die Sozialdemokraten“, wenn wir in diesem Zusammenhang auch bereit sind, diese politischen Optionen zu wagen und sie im nächsten Jahr den Wählern klar vor Augen zu führen.